2021/12 Ausland

https://shop.jungle.world/artikel/2021/12/keine-antwort-auf-den-terror

Die Regierung Mosambiks hat jihadistischen Milizen wenig entgegenzusetzen

Keine Antwort auf den Terror

von **Kevin Zdiara**

Im Norden Mosambiks und Teilen Tansanias wütet eine jihadistische Miliz. Die mosambikanische Regierung kommt trotz militärischer Unterstützung aus dem Ausland nicht gegen die Terrorgruppe an und versagt beim Schutz der Bevölkerung.

Das ostafrikanische Land Mosambik kommt nicht zur Ruhe. Seit über zwei Jahren verübt die islamistische Terrorgruppe Ahlu Sunna Waljama'a in der nördlichen Provinz Cabo Delgado mörderische Angriffe auf die Zivilbevölkerung. Aber auch die Armee und die in ihrem Auftrag agierenden Söldnertruppen machen sich schwerwiegender Menschenrechtsverletzungen schuldig. Mittlerweile hat der Konflikt rund 2 000 Menschen das Leben gekostet, 670 000 Menschen sind aus der Provinz geflohen.

> Bereits zu Beginn der Aktivitäten der Terrorgruppe Ahlu Sunna Waljama'a wurde vermutet, dass es enge Verbindungen zu islamistischen Kreisen aus Tansania, Kenia und Somalia gebe.

Die Bevölkerung im Norden Mosambiks nennt die Jihadisten al-Shabaab, was auf Arabisch »Jugend« bedeutet, denn bei den Mitgliedern der Miliz handelt es sich mehrheitlich um junge Männer. Offiziell hat sich bis heute niemand als deren Anführer bekannt, aber die Verbindungen zum internationalen Jihadismus sind klar. Nach der Eroberung der Stadt Quissanga im März 2020 veröffentlichte die Gruppe ein Video, in dem die islamistischen Terroristen ihre simple Forderung formulierten: »Wir wollen die Sharia, das Gesetz des Koran.« Sie hissten die Flagge des »Islamischen Staats« (IS), und wenig später reklamierte ebendieser die Einnahme der Stadt auf seinem Nachrichtenkanal Amaq für sich.

Bei ihren Terrorakten fallen die Islamisten durch besonders große Brutalität auf. In den eroberten Dörfern haben sie Zivilisten geköpft, mit Macheten aufgeschlitzt und die Häuser in Brand gesteckt. Zudem berichteten Augenzeugen aus Quissanga der Menschenrechtsorganisation Amnesty International, Kämpfer von al-Shabaab hätten die Bevölkerung zum Moscheebesuch gezwungen und mehr als ein Dutzend Frauen und Mädchen verschleppt. Mit diesem barbarischen Vorgehen hatte die Terrorgruppe zunächst Erfolg. Die mosambikanischen Soldaten waren den Jihadisten nicht gewachsen, flohen aus Angst vor ihnen und überließen die Bevölkerung dem Terrorregime.

Im Oktober vergangenen Jahres griffen die Terroristen auch Ziele im benachbarten Tansania an. Rund 300 Jihadisten attackierten den Grenzort Kitaya, auch hier verübten sie Massaker an der Zivilbevölkerung. Videos und Fotos, die die Terroristen in den sozialen Medien teilten, zeigen die Köpfung eines Mannes. Terrorexperten haben die Videos ausgewertet und weisen darauf hin, dass die Mörder unterschiedlicher Herkunft sind und verschiedene regionale Sprachen sprechen. Neben Swahili, einer Sprache, die weiten Teilen Ostafrikas gesprochen wird, ist auch Makua zu hören, die vorherrschende Sprache in Nordmosambik, sowie Kimwani, ein Swahili-Dialekt, der nur in einigen Distrikten an der Küste Cabo Delgados vorkommt. Bereits zu Beginn der Aktivitäten der Terrorgruppe wurde vermutet, dass es enge Verbindungen zu islamistischen Kreisen aus Tansania, Kenia und Somalia gebe. Dieser Verdacht wurde am 11. März bestätigt, nachdem das Außenministerium der USA den tansanischen Staatsangehörigen Abu Yasir Hassan als Anführer der Gruppe identifiziert hatte.

Die Miliz erhält aber auch Unterstützung von Teilen der einheimischen Bevölkerung. Die oftmals brachialen und unkoordinierten Vorstöße der mosambikanischen Streitkräfte unter Inkaufnahme vieler ziviler Opfer haben dazu geführt, dass sich insbesondere junge Männer den Jihadisten eher angeschlossen haben, statt sie zu bekämpfen.
Ein anderer destabilisierender Faktor ist das ausgeprägte Missverhältnis zwischen der schlechten wirtschaftlichen Lage der lokalen Bevölkerung und den Milliardengewinnen, die bei Ausbeutung der riesigen Gasfelder vor der Küste Cabo Delgados erzielt werden. Dort wurden Vorkommen von rund 5 000 Milliarden Kubikmeter Gas entdeckt. Das sind die größten Gasvorkommen in Afrika und die neuntgrößten weltweit. Deren Erschließung treiben maßgeblich ausländische Unternehmen voran, insbesondere Total aus Frankreich, Eni aus Italien sowie Anadarko Petroleum aus den USA. Von diesem Gasboom bleibt bei den Menschen an Ort und Stelle nichts hängen, was ebenfalls frustrierte Männer den Jihadisten zutreibt, die bereits vereinzelt die Gasinfrastruktur angegriffen haben.

Nach Jahren der Tatenlosigkeit der sogenannten internationalen Staatengemeinschaft schenkt diese dem Konflikt und der Gefahr, die von ihm ausgeht, inzwischen mehr Beachtung. Anfang März setzten die USA al-Shabaab wegen ihrer Verbindungen zum IS offiziell als Terrorgruppe auf ihre schwarze Liste.

Die mosambikanische Regierung von Präsident Filipe Nyusi reagiert zumeist planlos auf die Angriffe. Die mosambikanische Armee ist schlecht organisiert und nimmt keine Rücksicht auf die Bevölkerung. Von der Hauptstadt Maputo liegt Cabo Delgado fast 2 000 Kilometer entfernt; der Eindruck drängt sich auf, dass auch deshalb das Wohlergehen der dortigen Bevölkerung keine hohe Priorität im Regierungshandeln einnimmt.

Zur Unterstützung der eigenen Streitkräfte hat die Regierung inzwischen ausländische Söldnertruppen geholt. Im August 2019 traf Nyusi in Moskau mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin zusammen; Mosambik und Russland sind seit den Zeiten der Sowjetunion eng verbunden. Vordergründig ging es bei dem Treffen um russische Investitionen im Land. Im September 2019 berichtete die portugiesische Zeitung Observador aber über die Ankunft mehrerer Hundert russischer Söldner in der nordmosambikanischen Stadt Nacala. Dabei soll es sich um Angehörige der berüchtigten Gruppe Wagner gehandelt haben, die bereits in der Ukraine, Syrien und Libyen operiert hat. Allerdings taten sich die russischen Söldner im Kampf gegen al-Shabaab offenbar schwer; kurz nach Beginn des Einsatzes hatten die Söldner Quellen in der mosambikanischen Armee zufolge bereits sieben Tote zu verzeichnen. Bereits Ende

November verließen sie die Provinz wohl wieder.

Nach diesem Misserfolg hoffte die mosambikanische Regierung ab dem Frühjahr 2020 auf die südafrikanische Dyck Advisory Group (DAG). Dieses Unternehmen hat der ehemalige simbabwische Oberst Lionel Dyck 2012 gegründet, es war bis dato vor allem für Minenräumung sowie Einsätze gegen Wilderer bekannt. Die DAG nahm bei ihrem Einsatz in Mosambik vornehmlich Angriffe aus der Luft vor. Damit hatten die Söldner zu Beginn Erfolg und konnten Angriffe der Islamisten zurückschlagen. Allerdings wurde dieses Vorgehen als verantwortungslos kritisiert, da dabei viele Zivilisten verwundet und getötet wurden. Wahllos warfen die Söldner Handgranaten aus Helikoptern auf größere Menschenmengen oder beschossen diese mit Maschinengewehren.

Den Einsatz der DAG kritisierte Amnesty International in einem Bericht von Anfang März zur Lage in Mosambik scharf. Die NGO hat in diesem Bericht die Kriegsverbrechen aller beteiligten Parteien dokumentiert und an die sogenannte Weltgemeinschaft appelliert, sich endlich des Konflikts anzunehmen. Ulrich Fehling, der Mosambik-Experte von Amnesty, betont das Ausmaß des Konflikts und die Verantwortung, die die Terroristen wie auch die mosambikanischen Regierung tragen: »In Cabo Delgado sind Tod und Zerstörung allgegenwärtig. Die Bevölkerung ist gefangen zwischen den mosambikanischen Sicherheitskräften, dem privaten Militärunternehmen DAG und der bewaffneten Gruppierung al-Shabaab. Alle drei Akteure - begehen Kriegsverbrechen und sind für die Tötungen von Hunderten Menschen verantwortlich.«

Das Urteil von Amnesty International fällt verheerend aus und macht wenig Hoffnung, dass der Kampf gegen die weitere Ausbreitung des Jihadismus in Ostafrika effektiv angegangen werden könnte. Der Regierung in Maputo scheint es bei ihren Stabilisierungsmaßnahmen mehr um die Sicherung ausländischer Investitionen zu gehen als um den effektiven Schutz der Bevölkerung. Es steht somit zu befürchten, dass der Konflikt anhält und weiter in erster Linie auf dem Rücken der Zivilbevölkerung ausgetragen wird.

© Jungle World Verlags GmbH